

LX 30. Nov. 90 11

POLITISCHE ABTEILUNG II  
p.B.15.21.Afg. HC/HSK

Bern, 29. November 1990

Notiz

Empfang des Staatspräsidenten der Republik Afghanistan, Dr. Mohammed Najibullah, durch Mitglieder der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrates am <sup>21</sup>14. November 1990, 16,30 h im Parlamentsgebäude

---

Najibullah (N) begann seine ca. einstündige Ausführungen, die über weite Strecken propagandistisch gefärbt waren, mit einem geschichtlichen Rückblick über die Entwicklungen des Bürgerkrieges in Afghanistan. Er unterstrich dabei, dass seitens Afghanistans mit dem Abzug der sowjetischen Truppen, wie in den Genfer-Abkommen von 1988 vorgesehen, der wesentliche Beitrag zur Herbeiführung des Friedens geleistet worden ist. Leider würde sich Pakistan, als Signatarstaat des Abkommen, nicht an die übernommenen Verpflichtungen halten und die afghanische Opposition weiterhin mit Waffenlieferungen unterstützen. Innerhalb der Opposition macht N. einen fundamentalistischen und extremistischen Flügel aus, der sich allen Friedensbemühungen widersetze, währenddem eine grosse Anzahl von Kommandanten Kriegsmüdigkeit zeigten und Friedensbereitschaft signalisierten. 70% der Kommandanten kämpften nicht (mehr) gegen die Regierung; Widerstandskämpfer hielten sich weiterhin in der Nähe Kabuls und entlang der Grenze zu Pakistan. Seine Regierung trete kompromisslos für die Schaffung des Friedens ein, doch könne man ihr das Recht auf Selbstverteidigung nicht verwehren.



Seine Politik sei auf die Erzielung einer nationalen Versöhnung ausgerichtet. In Verfolgung dieses Zieles habe seine Regierung

- im Mai 1990 die Verfassung geändert und von jeglichem ideologischen Ballast befreit
- den Parteienpluralismus eingeführt
- die bürgerlichen Freiheitsrechte, namentlich die Meinungsäusserungsfreiheit, garantiert
- die freie Marktwirtschaft eingeführt sowie den Schutz ausländischer Investitionen garantiert.

Die Regierung arbeitet auf die Einführung eines föderalistischen Systems nach schweizerischem Muster hin.

Hinsichtlich der jetzt bestehenden staatlichen Institutionen unterstreicht N, dass

- 2/3 der Regierung nicht der kommunistischen Partei angehörten (17 Regierungsmitglieder seien im Westen ausgebildet worden)
- es seit 15 Jahren erstmals wieder ein Parlament gebe (dieses habe der Regierung das Vertrauen ausgesprochen)
- die Justiz einer Reform unterzogen würde (kein Richter dürfe künftighin einer Partei angehören).

Schliesslich erläutert N. den Friedensplan seiner Regierung wie folgt:

- Erzielung eines Waffenstillstandes mit der innerafghanischen Opposition
- Einberufung Loya Jirgah, (N. äusserte sich allerdings nicht über deren Zusammensetzung und Funktion)

- 3 -

- Einsetzung eines Organs, dem während der Uebergangszeit bis zur Inkraftsetzung einer neuen Verfassung folgende Aufgaben obliegen:

- . Ueberwachung des Waffenstillstandes
- . Vorbereitung von freien und fairen Wahlen
- . Durchführung von Wahlen in Sicherheit
- . Bildung einer Kommission, welche die Verfassung und das Wahlgesetz auszuarbeiten hat
- . Organisation der Rückkehr und Ansiedelung von Flüchtlingen

Zur Sicherstellung von freien und fairen Wahlen würden diesem Organismus Streitkräfte zur Verfügung gestellt, die aus Angehörigen der regulären Armee sowie von Rebellen Gruppen gebildet würden. Eine durch die UNO vorzunehmende Ueberwachung soll Uebergriffe dieser Truppe vermeiden. Ein Rücktritt der jetzigen Regierung würde ein Machtvakuum hinterlassen, das dem Friedensprozess nicht förderlich wäre.

Zur Beschleunigung dieses Friedensprozesses sollte ein internationaler Konsens erzielt werden. Zu diesem Zweck wäre eine internationale Konferenz in der Schweiz einzuberufen, woran sich neben den USA und der UdSSR auch Iran, Saudi Arabien und Pakistan zu beteiligen hätten.

Die präzisen Fragen von Nationalrat Petitpierre "wer sollte diese Konferenz organisieren? wer wählt die afghanischen Teilnehmer aus? welche Rolle wird die jetzige Regierung an dieser Konferenz spielen?" liess N. unbeantwortet. Dagegen gab N. dem Wunsch nach einer Zusammenarbeit mit der Schweiz in den verschiedensten Bereichen Ausdruck. Die Schweiz sei ein Land, in dem oft internationale - auch geheime - Treffen durchgeführt würden.

Expliziter war N. in seinem Wunsche nach intensivierter Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Entwicklung und der humanitären Hilfe. Er erwähnte nachstehende Anliegen:

- 4 -

- ABB sollte dringend das thermische Kraftwerk von Kabul einer Revision unterziehen. Die Regierung wird für die Sicherheit der Monteure besorgt sein.
- Wiederaufbau eines Molkereibetriebes
- Nahrungsmittelhilfe
- Einrichtung von Zentren zur Herstellung von Prothesen für Kriegsoffer
- Schweizerische Investitionen in Produktionsstätten.
- Absicht, in Bern eine afghanischen Botschaft zu eröffnen zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen

POLITISCHE ABTEILUNG II  
i. A.



Ch. Hauswirth

LX 30. Nov. 90 11

Beilage: Liste der Teilnehmer

Kopie: - Sekr. BRF, JAC, SI  
- CFR, LH, HC  
- DEH  
- DIO  
- Pol. Abt. III  
- BAWI

Teilnehmer des Gesprächs vom  
Mittwoch, 21. November 1990, 16.30 Uhr im  
Bundesrats-Zimmer  
Bundeshaus, Wandelhalle I. Stock

mit seiner Exzellenz, dem  
Staatspräsidenten der Republik Afghanistan  
Dr. Mohammad N A J I B U L L A H

Mitglieder der Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Nationalrats:

- Herr Dr. Felix AUER, Sonnmattstrasse 1, 4103 Bottmingen
- Herr Dr. Martin BUNDI, Kommissionspräsident, Hegisplatz 6, 7000 Chur
- Herr Professor Martin BURCKHARDT, Ob. Rheinweg 21, 4058 Basel
- Herr Jacques-Simon EGGLY, Av. Peschier 8, 1206 Genève
- Frau Verena GRENDELMEIER, Wittikonerstrasse 468, 8053 Zürich
- Herr Professor Dr. Gilles PETITPIERRE, Place du Bourg-de-Four 7, 1204 Genève
- Herr Albrecht RYCHEN, Kappelenstrasse 10, 3250 Lyss
- Frau Eva SEGMÜLLER, Greifenstrasse 7, 9000 St. Gallen

Vorsitzender der "Koordination Schweiz - Afghanistan":

- Herr a.Bundesrat Dr. Rudolf FRIEDRICH, Wülflingerstr. 7, 8408 Winterthur

Vertreter des Eidgenöss. Departements für auswärtige Angelegenheiten:

- Herr Christian HAUSWIRTH, Politische Abteilung II, Bundeshaus, 3003 Bern
- Herr Ulrich LEHNER, Politische Abteilung III, Bundeshaus, 3003 Bern

Stiftung Bibliotheca Afghania / Afghanistan-Archiv:

Herr Paul BUCHERER-DIETSCHI, Benzburweg 5, 4410 Liestal

Liestal, 20. November 1990